

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

**Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Marktplatz 10
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.
Michael Rochlitz, stellv. Vorsitzender
Irmtraud Spinnler, stellv. Vorsitzende
Karl Emer
Mirko Geiger
Andreas Grasser
Dr. Monika Meißner
Mathias Michalski

Marktplatz 10
69117 Heidelberg
☎ 06221/58471-51
✉ [Geschaeftsstelle@spd-
fraktion.heidelberg.de](mailto:Geschaeftsstelle@spd-fraktion.heidelberg.de)
14.03.2017

Sachantrag

Sachantrag für den ASC am 14.03.2017

TOP 2 Sozialticket – Anpassung des Eigenanteils

1. Die Orientierung an den regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) der Regelbedarfsstufe 1 für fremde Verkehrsdienstleistungen ohne Übernachtung ist für die Ermittlung des Eigenanteils ungeeignet.
2. Die Bestimmung des Eigenanteils ergibt sich in Zukunft nicht mehr nach den Durchschnittsausgaben der EVS-Bezugsgruppe, sondern nach dem tatsächlichen Bedarf.
3. Die Eigenanteile werden auf dem Niveau von 2016 beibehalten.
4. Es wird eine Vorrangprüfung „Kosten Mobilität“ gegenüber dem Jobcenter Heidelberg eingeführt.

Begründung:

Relevant für die Ermittlung des Eigenanteils sind die Durchschnittsausgaben einer statistisch relevanten Bezugsgruppe – unabhängig ob ÖPNV genutzt wird oder nicht. Die Durchschnittsausgaben beziehen sich auf die Haushalte der Bezugsgruppe, die entweder gar keine Kosten für Verkehr angegeben haben oder nur für die Nutzung eines PKW. Die angegebenen Kosten für den ÖPNV liegen daher einzeln betrachtet deutlich höher. Die Orientierung am Bedarf hätte zur Folge, dass die bisherigen Eigenanteile auf dem Niveau von 2016 eingefroren bzw. stabilisiert werden sollten.

Die Jobcenter haben für Leistungsbezieher die Verpflichtung Fahrtkosten, die im Rahmen einer Maßnahme entstehen, zu erstatten. Vor der

Beantragung eines Sozialtickets muss daher ggf. geprüft werden, ob ein Sozialticket ohne Zuschuss und Eigenanteil finanziert wird. Die Kosten werden vom Bund erstattet. Eine "Vorrangprüfung" soll unbürokratisch umgesetzt werden, so dass möglichst viele Menschen zu einem möglichst geringen Eigenanteil ein Sozialticket in Anspruch nehmen können.